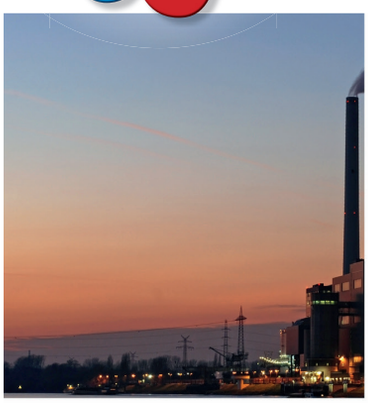
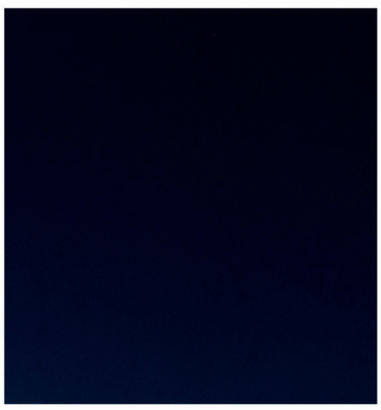
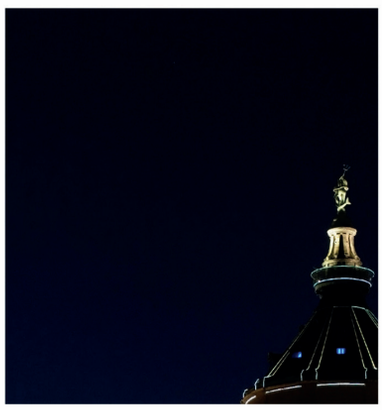
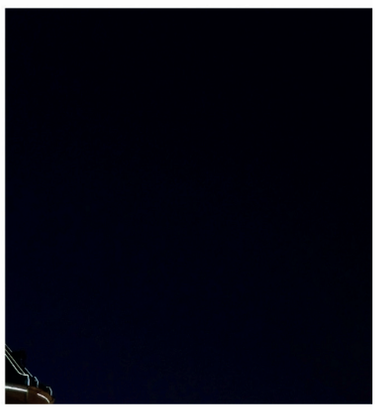
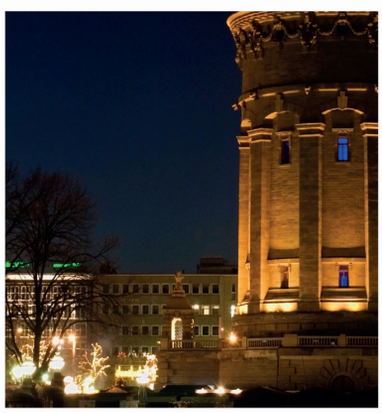
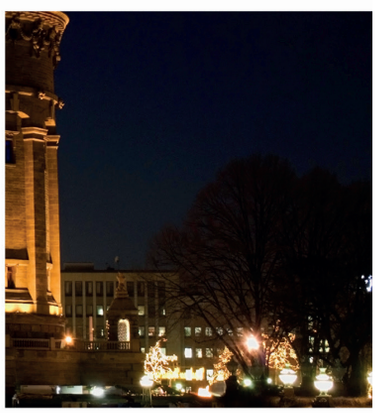
Fraktion
Freie Wähler -
MANNHEIMER LISTE



ETATREDE 2023/2024

Das Beste für Mannheim!

Die partei-unabhängige politische Kraft in Mannheim

14. 11. 2023

Holger Schmid, Fraktionsvorsitzender

Rede zum Haushalt 2024

der Stadt Mannheim

Holger Schmid

Fraktionsvorsitzender

Mannheim, 14. November 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Inhaltsverzeichnis

Die Haushaltssituation der Stadt	**Seite 5**
Etat 2024	**Seite 6**
Personal	**Seite 7**
Unsere Schwerpunkte Im Haushalt	**Seite 8**
Stadtteile	**Seite 8**
Sicherheit und Sauberkeit	**Seite 9**
Mobilität	**Seite 10**
Klimaschutz	**Seite 12**
Wohnen	**Seite 13**
UMM	**Seite 14**
Kultur	**Seite 14**
Kinderbetreuung	**Seite 15**
Schulen	**Seite 16**
Soziales	**Seite 17**
Künftige Schwerpunkte	**Seite 18**
Politische Schwerpunkte	**Seite 19**
Fazit	**Seite 20**
Dankesworte	**Seite 21**
Die Fraktion Freie Wähler - Mannheimer Liste	**Seite 22**

Das Beste für Mannheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

sehr geehrte Herren Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

sehr geehrte Vertreter der Medien,

Die Haushaltssituation der Stadt

Zu Beginn ein paar einleitende Sätze, die uns als Fraktion wichtig sind und als Leitsätze für unser Handeln dienen werden.

Unser Spielraum im finanziellen Bereich ist seit Jahren gering. Zukünftig müssen wir uns wieder mehr auf die Mitte der Gesellschaft konzentrieren, die wir unserer Meinung nach lange Zeit vernachlässigt haben. Dort werden die Einnahmen und Steuermittel erwirtschaftet, die wir für einen stabilen, finanzstarken Haushalt benötigen. Nur so können wir alle Bevölkerungsgruppen bei der Mittelvergabe entsprechend berücksichtigen und das Soziale nicht vernachlässigen. Dies sollten wir in den Mittelpunkt unserer politischen Bemühungen und unseres politischen Handelns stellen.

Der Gemeinderat muss sich ehrlich machen und die Menschen in dieser Stadt auf einen Weg mitnehmen, den sie gehen können und wollen. Dabei ist es wichtig, den Menschen keine Verbote aufzuerlegen, sondern sie durch Ideen und Anreize mitzunehmen und in das politische Handeln einzubinden.

ETAT 2024

Den Haushalt 2024 sieht die ML kritisch und "auf Kante genäht", viel Spielraum ist nicht mehr enthalten. Insbesondere sind die Überschüsse 2022 und ein Großteil der zu erwartenden Überschüsse aus 2023 schon im Haushalt 2024 eingeplant, um "Finanzlöcher" zu stopfen.

Höhere Steuereinnahmen im kommenden Jahr werden wohl nach neuerer Steuerschätzung für die Kommunen Verbesserungen bringen und die im Haushalt vorgesehen Einnahmen sichern. Damit ist der Haushalt finanziert, sollten keine großen Einbrüche, z.B. bei der Gewerbesteuer erfolgen. Wir unterstützen die Haltung der Verwaltung in dem Sinne, dass wir gegen eine Erhöhung der Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer sowie gegen eine Neuverschuldung sind.

Die aufgelisteten TopTen-Investitionen sind bis auf die Multihalle nachvollziehbar, bei der Multihalle muss irgendwann einmal Schluss sein. Uns unverständlich ist nach wie vor, dass die Kultur- und Sporthalle Wallstadt offensichtlich auf der Prioritätenliste immer weiter nach hinten rutscht und wieder nicht in der Finanzplanung enthalten ist.

Von den Beteiligungen der Stadt Mannheim bringt allein die GBG Wohnungsbaugesellschaft einen positiven Ertrag von 8 Millionen. Es bleibt abzuwarten, ob dieses positive Ergebnis auch in den kommenden Jahren zu halten ist. Insbesondere wenn man sieht, wie in den vergangenen Jahren viele zusätzliche Aufgaben auf die GBG übertragen wurden, die nicht unbedingt in deren Portfolio gehören. Dies belastet die Bilanz der GBG und damit deren Spielraum auf dem eigentlichen ureigenen Tätigkeitsgebiet der GBG, dem (sozialen) Wohnungsbau.

Nichtsdestotrotz kann es so nicht weitergehen. Die Liste der Projekte, die in der Maßnahmenliste der Stadt enthalten sind können so in absehbarer Zeit (10-15 Jahre) nicht umgesetzt werden. Darunter sind auch einige Großprojekte, die sicherlich wünschenswert wären, die aber nach Meinung der ML nur begonnen

werden können, wenn sich die finanziellen Möglichkeiten und Spielräume gravierend verbessern.

Hier muss der Gemeinderat gemeinsam eine realistische Einschätzung vornehmen und eine Prioritätenliste erstellen, aus der klar hervorgeht, wo die Schwerpunkte gesetzt werden, welche Projekte umsetzbar sein werden und welche wohl auf absehbare Zeit keine Chance auf Realisierung haben werden. Nach Meinung der ML muss der Schwerpunkt dabei vorrangig auf der Sanierung und "CO2-neutralen Ertüchtigung" städtischer Gebäude liegen. Ein neues Domizil für die Stadtbibliothek ist für uns unabdingbar. Leider ist bis heute eine realistische Umsetzung nicht in Sicht.

Personal

Noch einen Satz zur Personalsituation. Knapp 50 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohnen nicht in Mannheim. Warum ist das so? Auch hierzu muss man sich Gedanken machen, ohne weitere Punkte wie Steuereinnahmen oder Umweltgesichtspunkte zur Seite zu schieben. Fehlt es an der Identifikation mit der Stadt oder hat es andere Gründe, z.B. fehlender bezahlbarer Wohnraum.

Bereits heute können rund 10% der vorhandenen Stellen nicht besetzt werden. Darum müssen wir neue Wege bei der Personalgewinnung gehen, andererseits müssen wir andere Möglichkeiten suchen, um unsere Aufgaben zu erfüllen. Eine Chance wäre der Abbau von Doppelstrukturen, um ein effektiveres Arbeiten zu ermöglichen. Und auch die Digitalisierung der Gesamtverwaltung muss in den kommenden Jahren mit Macht vorangetrieben werden. Hier hat die Stadt viele Möglichkeiten, für eine Entlastung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sorgen. Dazu gehört auch die verstärkte Schaffung von Online-Angeboten, um Verwaltungsdienstleistungen elektronisch anbieten zu können.

Unsere Schwerpunkte im Haushalt

Stadtteile

Wichtige Elemente aller Stadtteile sind unsere Vereine. Sie brauchen eine stärkere Unterstützung durch die Verwaltung und damit die neu geschaffene zentrale Anlaufstelle. Eine Veranstaltung zu organisieren ist derzeit mit zu viel Risiko und Aufwand verbunden. Die Folge ist, dass immer mehr Vereine oder Organisationen auf die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen verzichten. Damit geht ein wichtiger und verbindender Baustein des Stadtteil-Lebens verloren und auch der soziale Zusammenhalt leidet unter den fehlenden Sozialkontakten.

Dankenswerter Weise hat die Verwaltung unseren Antrag umgesetzt und im Haushalt einen Betrag von 200 T€ für Vereinsunterstützung neu aufgenommen. Das ist ein 1. Schritt, Weitere sollten folgen.

Ein weiteres Thema in den Stadtteilen sind die Seniorentreffs. Die Lebensumstände von Senioren sind mit steigendem Alter häufig geprägt von Vereinsamung. Hier braucht es geeignete, barrierefreie und gut gelegene Räumlichkeiten in allen Stadtteilen sowie ein attraktives Programmangebot mit dem Ziel, möglichst viele Menschen zu erreichen. Um unseren Seniorinnen und Senioren eine Anlaufstelle zu bieten, an der sie diese Sozialkontakte bekommen und gemeinsame Stunden verbringen können wäre ein weiterer Ausbau und die Ergänzung des vorhandenen Netzes durch weitere Standorte sinnvoll.

Erheblicher Verbesserungs- und Änderungsbedarf besteht unserer Meinung nach beim Bürgerservice in den Stadtteilen. Hier ist es sehr schwierig, zeitnahe Termine zu vereinbaren, ohne durch die ganze Stadt fahren zu müssen. Nur ein Beispiel aus der Praxis, aktuell von Dienstag, 07.11.2023: Für die Beantragung eines neuen Personalausweises wurde nur auf dem Waldhof ein Termin angeboten mit der Folge, dass z.B. von Seckenheim eine Strecke von 2 x 13 km zurückzulegen gewesen wäre. In Friedrichsfeld wurde ein Termin in 3 Wochen angeboten, in Seckenheim kein Termin. Das kann nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sein.

Hier muss mehr Service für Bürger dahingehend geschaffen werden, dass in benachbarten Stadtteilen zumindest kurzfristig Termine angeboten werden. Eine Veränderung der Strukturen, um die Qualität zu erhöhen und den Service zu optimieren ist zwingend erforderlich. Vorstellbar wäre, die eine oder andere Aufgabe zusammenzufassen. Nicht jeder muss alles machen. So könnten die Wege für Alle verkürzt und Wartezeiten deutlich verringert werden.

Ein wichtiges Bindeglied in den Stadtteilen ist der Bezirksbeirat. Die Arbeit der Bezirksbeiräte zu unterstützen und diese mehr und frühzeitiger zu beteiligen, sie besser in die Entscheidungen einzubinden und deren Meinung abzufragen stärkt auch die Stadtteile. Es stärkt und fördert das ehrenamtliche Engagement und ist gelebte Bürgerbeteiligung vor Ort.

Sicherheit und Sauberkeit

Mannheim ist leider keine saubere Stadt mehr. Auf den Straßen, Wegen und Plätzen in Mannheim ist zu beobachten, dass immer häufiger Kaffeebecher, Dosen, Essensbehälter, Verpackungen und Zigarettenkippen achtlos auf die Straße geworfen werden. Das Androhen von Verwarnungen und Bußgeldern bewegt einige Mitbürgerinnen und Mitbürger aber nicht, ihren Müll ordnungsgemäß in den öffentlichen Abfallbehältern zu entsorgen. Die Reinigungszyklen des Stadtraumservice werden fast jährlich erhöht, eine wirkliche Besserung ist bisher aber nicht eingetreten. Denn Reinigung allein hilft nicht. Der Stadtraumservice macht keinen Dreck, er muss ihn nur wegputzen. Und der KOD auch nicht. Den Dreck machen die Bürgerinnen und Bürger. Konzertierte Aktionen an besonderen Schwerpunkten durch den KOD und zusätzliche Kontrollen an Abenden und am Wochenende würden unserer Meinung nach zu Erfolgen führen. Mehr Kontrolle und damit mehr Ahndung und Sanktionen sind notwendig. Dabei sollen auch die nun im Haushalt enthaltenen Müll-Detektive mithelfen. Wir haben sie schon seit Jahren beantragt, haben aber durch eine grün-rot-rote Blockade bisher keine

Mehrheiten gefunden. In Zeichen des Kommunalwahlkampfes sieht die Sache nun anders aus, wir freuen uns über die neue Einsicht.

Sicherheit und Sauberkeit wird derzeit auf die Innenstadt reduziert. Dies ist sicherlich richtig und begründet, doch darf man die Stadtteile dabei nicht vergessen. Auch dort muss es unser Ziel sein, ein Mehr an Sauberkeit und damit an Sicherheit in den kommenden Jahren zu schaffen. Ein erster richtiger Schritt ist dabei die Wiedereinführung der Reinigungswoche.

Mehr Sicherheit verspricht auch die Umrüstung von Unterführungen auf LED, diese bringen mehr Licht und damit ein besseres Sicherheitsgefühl für alle Benutzer, gleichzeitig sind sie sparsamer und umweltschonender.

Mobilität

Viele Themen drehen sich um die Lebensadern unserer Stadt. Straßen, Brücken und Radwege sind ausgesprochen wichtig für unsere Mobilität und das Miteinander aller Verkehrsteilnehmer.

Über Jahrzehnte wurde die Instandhaltung von Mannheims Brücken und Straßen sträflich vernachlässigt. Zwar hat die Verwaltung mit dem Kaltasphaltverfahren ein Verfahren zur Sanierung "light" entwickelt, dieses benötigt aber alle 10 Jahre eine Auffrischung, daher gilt:

Eine grundsätzliche Sanierung ist hier nur aufgeschoben aber nicht aufgehoben. Darüber hinaus sind ca. 200 km Mannheimer Straßen grunderneuerungsbedürftig. Da 1 km Grunderneuerung ca. 1,5 Mio. Euro kostet, kann man sich leicht ausrechnen welche verdeckten Schulden allein hier "schlummern". Die Fachverwaltung hat in zwei Vorträgen den Zustand der Straßen und Brücken referiert: Demnach benötigt man für die Straßen eigentlich 12 Mio. jährlich und für die Brücken 15 Mio. Euro jährlich (allein um den Status quo zu erhalten). Die im Haushalt eingestellten Mittel sind daher viel zu wenig und müssten dringend aufgestockt werden.

Gleichzeitig sollte auf den Neubau von Radweg-Prestigeprojekten zugunsten von Sanierungen und Lückenschlüssen in den Stadtteilen verzichtet werden. Hier muss erst das vorhandene Netz auf Vordermann gebracht werden.

Heftige Diskussionen löste die Neuregelung des Parkens in den Stadtteilen aus. Hier müssen statt ständiger Verbote zukünftig pragmatische Lösungen zugunsten der Anwohner gefunden werden. Die Verwaltung muss neue Stellplatzmöglichkeiten aufzeigen. Als Beispiel nennen wir die Wachenburger Straße auf dem Pfingstberg. Dort bestünde die Möglichkeit, dem Auto- und Individualverkehr eine Fahrspur wegzunehmen, einen Radweg sowie zusätzliche Parkplätze für die Anwohner zu schaffen. Zweites Beispiel ist die Seckenheimer Straße zwischen Neuostheim und Seckenheim. Auch dort bestünde die Möglichkeit, den illegalen Autohof umzuwidmen in PKW- und Fahrradstellplätze für die Duale Hochschule und die umliegenden Gewerbebetriebe, die begrünt und teilweise auch entsiegelt werden. Parallel dazu könnte der Radweg von Neuostheim Richtung Seckenheim fortgesetzt werden. Und auch in der Seckenheimer Hauptstraße um ein drittes Beispiel zu nennen könnten Flächen vor der Bezirkssportanlage in Parkflächen umgewidmet werden, in dem die Straßenbreite verschmälert und dafür Querparker angelegt werden.

Im Zuge des Ausbaus des ÖPNV muss über Alternativen zum Schienenpersonennahverkehr nachgedacht werden, da dieser nur begrenzt Kapazitätserweiterungen zulässt. Als Alternative dazu haben wir einen Seilbahnring angeregt, der einen äußeren Ring um Mannheim legen und Querverbindungen zwischen Stadtteilen schaffen würde. Dies ist unseres Erachtens noch nicht ausreichend diskutiert.

Beim Thema Güterverkehr laufen derzeit Planungen für die Strecke Mannheim – Karlsruhe. Hinzu kommt, dass die Riedbahn in den kommenden Jahren ertüchtigt und das zweite, bisher stillgelegte Gleis wieder in Betrieb genommen werden soll. Doch die bisherigen Pläne der Deutschen Bahn laufen nicht in die von uns

gewünschten Richtung. Hier muss die Stadt alles daransetzen, dass in die Planungen ein Tunnel als Entlastung für die an die Bahnstrecke angrenzenden Wohngebiete aufgenommen wird. Nur so können für viele Mannheimerinnen und Mannheimer bessere Lebensbedingungen erreicht werden.

Neben der Theorie gibt es auch die Praxis. In der Etatrede steht, dass bei einem attraktiven ÖPNV vor allem das Angebot stimmen muss. Hierzu ist zu sagen, dass schon jetzt, vor den zu erwartenden Ausfällen durch Krankheiten im Winter, die Fahrgäste durch Ausfallstörungen teilweise massiv beeinträchtigt sind. Es wird schwierig sein, Verkehrsteilnehmer unter diesen Umständen von einem Umstieg auf den ÖPNV zu überzeugen.

Klimaschutz

Die Klimapolitik wird uns die nächsten Jahre intensiv beschäftigen und große Herausforderungen mit sich bringen. Hier muss an erster Stelle der Klimaschutzaktionsplan 2030 genannt werden, der von der Zielsetzung wichtig und richtig sein mag, die Jahreszahl 2030 aber völlig unrealistisch ist.

Darauf hat Prof. Dr. Achim Weizel in seiner Etatrede 2022 hingewiesen:

Die mit dem KSAP 2030 verbundenen Risiken für die kommenden Mannheimer Haushalte sind enorm. Ohne Fördermittel auf EU-, Bundes- und Landes-Ebene ist eine Zielerreichung und deutliche Beschleunigung der Aktivitäten auf dem Weg zur Klimaneutralität nicht möglich. Uns erscheint eine Umsetzung des KSAP bis 2030 unrealistisch, auch mit Blick auf das aktuelle Geschehen in Europa und der Welt.

Es bleibt festzuhalten, dass der Klimaschutzaktionsplan 2030 gescheitert ist - Klimaneutralität war der Beschluss...nicht der Weg dorthin.

Unser Ziel muss sein, den KSAP 2030 nicht 2030 -wie von der ML als einziger Fraktion als unrealistisch abgelehnt- so doch zumindest bis 2045 umzusetzen und einen sichtbaren Beitrag zum Klimaschutz in Deutschland zu leisten, und das auch

ohne Zuschüsse von EU, Bund oder Land, auf die wir wohl noch viele Jahre warten müssen. Hier gibt es bisher nur leere Versprechungen oder Ankündigungen.
Ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz ist die kommunale Wärmeplanung. Hier wurde ein erster Entwurf vorgelegt, der aber für unsere Fraktion völlig unrealistisch ist. Wir fordern ganz klar, dass es Ziel der Stadt und der kommunalen Wärmeplanung sein muss, 90% der Haushalte die Möglichkeit zu geben, sich bis 2040 an die Fernwärme anzuschließen. Eine Wärmepumpe ist in vielen Fällen keine große Option und bei Häusern vor 1978 nahezu unmöglich. Und auch die Frage der Stromnetzbelastung durch Wärmepumpen und Wallboxen wird bisher kaum thematisiert.

Wohnen

Die Wohnungsnot ist bereits heute, in Zukunft aber noch viel mehr, eines der ganz drängenden Probleme nicht nur Mannheims, sondern der ganzen Republik. Der ständige Zustrom von Flüchtlingen (Ukraine!) verschärft das Problem ganz erheblich. Freie Flächen für Wohnungsbau gibt es in Mannheim allerdings kaum noch. Es bleibt im Wesentlichen die Innenentwicklung und das ist ein dickes Brett. Darüber hinaus wird die Situation noch dadurch erschwert, dass durch die Zinserhöhungen der EZB andere Geldanlagemöglichkeiten mittlerweile lukrativer erscheinen als das Vermietungsgeschäft.
Durch die jahrelange 0%-Zinspolitik wurden allerdings andere Hemmnisse für den Wohnungsbau überdeckt: Zum Beispiel müssen im Wohnungsbau ca. 20.000 Vorschriften und Verordnungen eingehalten werden. Das allein, neben vielen anderen horrenden Kosten, behindert Neubauten ganz erheblich. Hier haben wir kaum Einwirkungsmöglichkeiten, vielmehr sind hier Land und Bund beim "entschlacken" gefragt. Hierzu bedarf es politischen Mut, dieser ist derzeit nicht erkennbar. Es ist daher nicht mit einer wesentlichen Verbesserung der Situation zu rechnen.

Universitätsmedizin Mannheim

Die Finanzierung der Universitätsmedizin Mannheim stellt eine der wichtigsten Herausforderungen im Rahmen der Haushaltsberatungen dar. Die Universitätsmedizin Mannheim erwirtschaftet negative Ergebnisse in der Größenordnung von 60 - 80 Mio. € pro Jahr. Der Jahresverlust 2023 wird sich in der gleichen Größenordnung bewegen. Diese Verluste wurden über all die Jahre von der Stadt Mannheim allein getragen.

In den Jahren 2023 und 2024 hat sich nun das Land Baden-Württemberg beteiligt, der Anteil der Stadt beträgt trotzdem noch rund 51 Mio. €. Und die Zukunft sieht nicht besser aus. Eine gesicherte Finanzplanung für das Jahr 2025 gibt es noch nicht. Um eine Weiterführungsprognose über 2025 hinaus zu sichern, sind voraussichtlich 85 - 90 Mio. € aufzubringen. Rückstellungen in dieser Größenordnung sind bisher im Etat nicht vorgesehen.

Die weitere Finanzierung ist abhängig vom Fortgang der Verhandlung mit dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf den Verbund. Nachdem sich die kartellrechtlichen Fragen als komplizierter herausgestellt haben als geplant, wird sich die Etablierung der Verbundlösung aufgrund der kartellrechtlichen Prüfungen zeitlich in das Jahr 2025 verschieben.

Über die Betrachtung der Situation der UMM hinaus muss die übrige Krankenhaus Situation in Mannheim im Auge behalten werden. Die adäquate Versorgung unserer Bevölkerung steht im Vordergrund. Die Pläne der Barmherzigen Brüder, die darauf hinauslaufen, Bettenplätze im Theresien-Krankenhaus abzubauen und in das Diakonissenkrankenhaus zu verlegen, sind kein gutes Zeichen.

Kultur

Im Vergleich mit anderen Städten verfügt die Stadt Mannheim über ein großes und vielfältiges Kulturangebot, mit dem Nationaltheater Mannheim, der Kunsthalle und

den Reiss-Engelhorn-Museen als sichtbarsten Vertretern. Das Nationaltheater befindet sich in der Renovierung, die Kosten halten sich bisher im erwarteten Rahmen. Die Ersatzspielstätte OPAL scheint nach der unvorhersehbaren Insolvenz auf einem guten Weg zu sein. Die Finanzierung erfolgt durch eine Kreditaufnahme des Nationaltheaters. Damit belastet der Bau nicht direkt den Etat der Stadt Mannheim. Zins und Tilgung werden aber trotzdem von der Stadt Mannheim und nicht vom NTM aufgebracht.

Die Reiss-Engelhorn-Museen leisten großartige Arbeit, sind dabei aber seit Jahren chronisch unterfinanziert.

Die Freie Szene erhält in diesem Etat eine deutliche Unterstützung mit der Aufnahme zusätzlicher Teilnehmer in die institutionelle Förderung. Zusätzlich ist es gelungen, mehreren Kulturinstituten, die im Jahr 2023 in akute finanzielle Nöte gekommen sind, zu helfen, dieses Jahr zu überbrücken. In Anbetracht der finanziellen Situation ist diese Unterstützung ein bemerkenswertes Zeichen des Engagements der Stadt für die Kultur.

Kinderbetreuung

Wir erkennen an, dass die Stadt etliche Schritte unternommen hat, um die Anzahl der Kita- und Krippenplätze weiter auszubauen und um pädagogische Fachkräfte zu gewinnen und zu binden. Ausreichende Betreuungsplätze bedeuten nicht nur Planungssicherheit für junge Familien und für die Erwerbstätigkeit der Eltern, sondern auch einen wichtigen Schritt in Richtung Chancengleichheit für alle Kinder durch adäquate frühkindliche Bildung.

Hier leisten die freien Träger einen sehr großen Beitrag und unser Ziel muss es sein, sie bei dieser Aufgabe weiter aktiv und ausreichend zu unterstützen. Sie übernehmen damit auch eine Pflichtaufgabe der Stadt und entlasten die städtischen Finanzen.

Die Förderrichtlinien wurden im vergangenen Jahr grundlegend überarbeitet. Das war ein erster Schritt, dem sicherlich weitere folgen müssen. Erst nach der Evaluation im kommenden Jahr werden wir wissen, inwieweit wir finanziell weiter nachbessern müssen. Die Zukunft wird auch zeigen, ob es weiterer Sonderzuschüsse für Gebäudesanierungen bedarf.

Sorgen bereitet uns die Gebühren-Ungleichheit zwischen den städtischen und freien Einrichtungen, die sich noch weiter vergrößert hat. Wir fordern die Stadt daher auf ein Konzept zu erarbeiten, wie die Gebührenlast angeglichen und eine Gleichbehandlung erreicht werden kann.

Schulen

Im Rahmen der anstehenden Gebäudesanierungen sollen weitere Räume für die Kinderbetreuung in den Schulen geschaffen werden. Diese sind erforderlich, da Eltern meist eine Ganztagsbetreuung aus der KiTa gewohnt sind. Die Fortführung der Betreuung nach der KiTA auch im Schulbereich, auf die künftig übrigens ein Rechtsanspruch besteht, ist Grundlage für die Berufstätigkeit der Frauen, die heute fast selbstverständlich ist und aufgrund des Fachkräftemangels auch unterstützt werden sollte. Und für Alleinerziehende ist sie zwingend notwendig. Und selbst die aktuelle Wirtschaftslage und Inflation erfordert oftmals eine Berufstätigkeit beider Partner bzw. Partnerinnen für den Lebensunterhalt und die Finanzierung der Freizeitaktivitäten (Vereine, Fitnessstudio, Ausflüge, Reisen…).

Soziales

Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine wichtige Säule unseres Sozialstaates und eine wirksame Ergänzung der sozialen Angebote in unserer Stadt. Der Finanzbedarf ist durch Tariferhöhungen und steigende Fixkosten gestiegen, bei gleichzeitigen Mehrbedarfen in der Bevölkerung, zum Beispiel im Bereich der Tafeln und Second-Hand-Shops. Steigende Flüchtlingszahlen erfordern zudem eine ausreichend finanzierte Integrationsberatung. Da die Bundesmittel für diese um 30% reduziert werden sollen, ist auch in diesem Feld mit einer erheblichen Unterdeckung zu rechnen. Um zu vermeiden, dass einzelne Träger in der Zukunft Leistungen abmelden müssen, fordern wir eine vorausschauende und angemessene Finanzierung durch Bund und Land.

Die Situation beim Thema Migration/Flüchtlinge ist für alle Städte und Gemeinden unbefriedigend. Und betrachtet man die prognostizierten Zahlen für Mannheim ist absehbar, dass spätestens im Laufe 2024 die Kapazitäten erschöpft sein werden und eine Unterbringung in der bisherigen Form nicht mehr umsetzbar ist. Bund und Länder haben in den vergangenen Tagen erste Schritte zur Begrenzung des Flüchtlingszuzugs vereinbart, dies aber wieder einmal ohne Beteiligung der Kommunen, die sicherlich aus der Praxis manches beitragen könnten, um die Dringlichkeit des Handelns zu verdeutlichen.

Hier müssen aber noch weitere Änderungen folgen:

- Man muss darüber nachdenken, die vom Gemeinderat vor Jahren festgelegten Mannheimer Standards zurückzufahren auf die von Bund und Land vorgegebenen Mindeststandards.
- Über die Einführung von Sach- statt Geldleistungen muss man diskutieren. Ob der Aufwand gerechtfertigt ist ist derzeit unklar. Die Einführung einer Bezahlkarte statt Geldleistungen oder von Gutscheinen muss nach unserer Meinung vorrangig angegangen werden.

Damit beseitigen wir auch einen Teil der sogenannten Pull-Faktoren.

Künftige Schwerpunkte

Stadthaus N 1	Ziel muss sein, den Denkmalschutz weg zu bekommen, um freie Hand für ein neues Konzept, eine neue Nutzung zu bekommen. Der Entwurf zu den angedachten und vorgestellten Möglichkeiten wäre in unserem Sinn.
Stadtbibliothek	Es sollten alternative Standorte und Lösungen gesucht werden, z.B. das Herschel-Bad oder in einem Teil des Sparkassengebäudes am Paradeplatz.
Multihalle	Die Fraktion sieht das beschlossene Nutzungskonzept als nicht schlüssig und zukunftsfähig an. Wir plädieren dafür, dem FORUM der Jugend in der Multihalle statt in der U-Halle ein neues Zuhause zu geben. Die Anbindung an das Zentrum und die Stadtteile ist dort deutlich besser, dies wird auch zu einer höheren Akzeptanz führen.
Carl-Benz-Stadion	ein Stadionneubau ist nur über eine Investorenlösung analog der SAP-Arena vorstell- und finanzierbar. Die Standortfrage muss dabei ideologiefrei geprüft und entschieden werden. Es geht um den wirtschaftlichsten und besten Standort für einen Neubau.
Kulturzentrum Wallstadt	die Fraktion ist der Meinung, dass eine Beschleunigung der Planung dringend geboten ist, um eine Umsetzung innerhalb des Finanzplanungszeitraums zu ermöglichen. Eine entsprechende Beschlussfassung im Gemeinderat wäre für Wallstadt sehr wichtig.

Politische Schwerpunkte

Die Freien Wähler – Mannheimer Liste sehen folgende Schwerpunkte im Haushalt 2024 und der Finanzplanung 2025 – 2027

1. CO2-Neutralität vor Dämmung: Untersuchung der gesamten Gebäudeinfrastruktur und Prüfung, wie eine CO2-neutrale Beheizung aller Gebäude schnellstmöglich und kostengünstig umgesetzt werden kann.

2. Brücken und Straßen: es besteht hoher Sanierungsbedarf, im Haushalt sind dafür zu wenig Mittel enthalten. Wir fordern eine deutliche Mittelaufstockung, um den vorhandenen Sanierungsstau abzubauen.

3. Finanzierung begonnener Projekte: Laufende Projekte sollen fortgesetzt und die Fertigstellung sichergestellt werden. Für neue, geplante und künftige Projekte ist eine Prioritätenliste aufzustellen, die der Gemeinderat beschließt.

4. Aufwertung der Stadtteile und der dort vorhandenen Vereinsstruktur und des kulturellen Bereichs. Erste Schritte wurden veranlasst, weitere Schritte in finanzieller Form und Unterstützung durch die Verwaltung müssen folgen.

5. Stärkung der Bürgerdienste als Teil einer dezentralen Aufgabenerledigung und Servicestelle für die Bürgerinnen und Bürger.

6. Stärkung, bessere Einbindung und Beteiligung der Bezirksbeiräte, um ehrenamtliches Engagement zu stärken und zu fördern. Das ist gelebte Bürgerbeteiligung vor Ort.

Fazit

Dieser Haushalt ist in vielen Punkten noch ein Relikt aus der Amtszeit des ehemaligen OB und trägt auch noch dessen Handschrift. Der Haushalt zeigt aber auch schon viele gute neue Ansätze. Die neue Stadtspitze hat bereits in vielen Bereichen andere Schwerpunkte gesetzt und damit einen zukunftsweisenden Haushalt vorgelegt.

Wir hoffen, dass in den Haushaltsberatungen nicht allzu viel on top gesetzt und der Haushalt in eine völlig andere Richtung gedreht wird. Wenn überhaupt müssen zusätzliche Ausgaben vorrangig in die städtische Infrastruktur, in die Stadtteile und in die Sauberkeit fließen.

Der Zustand der städtischen Infrastruktur wie Straßen und Brücken, der Sanierungsbedarf bei städtischen Gebäuden und Einrichtungen, fehlende preisgünstige und bezahlbare Wohnungen und der Ausbaubedarf beim ÖPNV erfordert in den kommenden Jahren ein klares Handeln. Hinzu kommt noch der Ausbau der Kinderbetreuung in Kitas und Schulen (Rechtsanspruch) und immer weiter steigende soziale Transferleistungen (Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Bundesteilhabe-Gesetz usw.), die den Haushalt ebenfalls immer mehr belasten, ohne dass ein Ausgleich durch die "Verursacher", also Bund und Land erfolgt.

Das ist eine große Herausforderung, der sich der Gemeinderat stellen muss, trotz Kommunalwahlkampf. Dabei fair, ideologiefrei und ehrlich miteinander umzugehen sollte der Maßstab sein. Die Parteipolitik muss dabei hintenanstehen, im Vordergrund muss das Wohl der Stadt stehen.

Dankesworte

Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zum Wohle unserer Stadt und unserer Gesellschaft einsetzen. Bei den zahlreichen Ehrenamtlichen, die in den vielen Mannheimer Vereinen und Bürgerinitiativen tätig sind. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Mannheim und der Eigenbetriebe für ihren tagtäglichen Einsatz im Sinne und zum Wohle unserer Stadt. Und auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat für die oftmals gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, auch wenn die politischen Ansichten und Meinungen manchmal weit auseinanderlagen.

Mein Dank gilt meiner Kollegin Christiane Fuchs und meinen Kollegen Achim Weizel und Christopher Probst sowie der Fraktionsgeschäftsstelle mit Christiane Busenbender und Hartmut Beck für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Etatberatungen und der Haushaltsrede.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Fraktion Freie Wähler – Mannheimer Liste

Fraktion Freie Wähler – ML und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle

v.l.n.r: Christopher Probst, Christiane Fuchs, Prof. Dr. Achim Weizel, Christiane Busenbender, Holger Schmid, Hartmut Beck

Fraktion Freie Wähler – ML
Rathaus E 5, 68159 Mannheim
Tel.: 0621 293-9402
Fax: 0621 293-9876
E-Mail: ml@mannheim.de
www.mannheimerliste.de